

der Leipziger Tagung nicht so tolerant, d. h. konzessionsfähig, und läßt sich nicht in die Sackgasse einer unabhängigen kommunistischen Arbeitsgemeinschaft treiben.

Eine recht zuverlässige Stimme kommt dagegen aus Bayern, von der „Frankischen Volkstribüne“ in Hof. Da heißt es:

Ist also die Einigung nur auf zentraler Grundlage zu erreichen, so muß von den Zentralstellen nunmehr endlich der erste Schritt dazu getan werden. Vom Parteitag der USPD hängt gleichfalls sehr viel ab. Die Kommunisten scheiden bei der Einigungsfrage wohl vorderhand aus. Aber mit der USPD muß es nunmehr möglich sein, zu einer Annäherung zu gelangen.

Der Waffenstillstand ist bereits angebrochen, nun aber darf es kein Zögern mit den Friedensverhandlungen geben. Den Vurus von Wahlkämpfen gegeneinander können sich beide Parteien nicht mehr leisten, ebenso wenig wie den Vurus von Parteiblättlern mit zwei verschiedenen Richtungen. Sehen wir haben und drüben ein, daß wir nicht allein auf der Welt sind, dann werden wir dem Ziele, eine große einige Kampforganisation zu schaffen, sehr bald nahe sein.

Die „Volkstimme“ für Halle weist auf die scharfen Gegensätze innerhalb der USPD hin und meint dann: „Wie unter diesen Umständen fruchtbar Arbeit im Sinne des Einigungsgedankens geleistet werden soll, läßt sich nicht voraussehen. Der Widerspruch innerhalb der USPD ist eben so groß, daß jede positive Leistung größeren Stils an ihm zerbrechen muß. Daß dieser Widerspruch in Leipzig nicht ausgeglichen werden kann, sondern sich nur in der Hitze des zusammengeballten Parteitagkampfes noch vergrößern wird, läßt sich ohne große Schwierigkeit voraussehen. Ein Gutes dürfte dabei allerdings herauspringen, und das ist das Einsehen des geistig Überlegenen rechten Flügels, daß ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den Reuten von Crispian und Ledebour in fährlicher Stellung auf die Dauer nicht möglich ist. Wenn die Hilferding-Gruppe zu dieser Erkenntnis kommen und daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen sollte, so wäre der Einigung des Proletariats dadurch insofern gedient, als dem Zusammenschluß des rechten USPD-Flügels mit der Sozialdemokratischen Partei kaum noch Schwierigkeiten im Wege stehen würden.“

Die Leipziger „Freie Presse“ schließlich sieht in der geplanten internationalen Konferenz, die die Parteien der Internationalen 2 und 2 1/2 vereinigen soll, einen kleinen Hoffnungskeim, im übrigen äußert sie sich recht pessimistisch: „Als die „Freiheit“ vor der großen Berliner Generalversammlung ihren Einigungsartikel brachte, lehnte ihn die Generalversammlung scharf ab und erklärte, daß die USPD, nach wie vor auf dem Boden der Diktatur stehe. Das war nicht nur eine völlige Ablehnung jedes Einigungsgedankens, sondern auch ein Rückschlag in die bolschewistischen Zeiten der USPD. Nach allem ist kaum damit zu rechnen, daß der bevorstehende unabhängige Parteitag in Leipzig in positiver Weise Stellung nehmen werde. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die USPD, sich nicht nur ansieht, sich ein neues Programm zu geben, sondern auch die Organisationsverfassung neu zu ordnen sich anschaut, also darauf aus ist, die Partei zu konsolidieren. Das muß aber natürlich von der Einigungsfrage absehen. So scheint es denn, als ob für die beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland die Einigungsfrage noch in weiter Ferne liege.“

Alle diese Pressestimmen, denen noch zahlreiche ähnliche hinzugefügt werden könnten, stimmen darin überein, daß eine Einigung möglich wäre, wenn die USPD nicht einen linken Flügel hätte, wenn vielmehr die Ledebour und Crispian ebenso dächten wie die Hilferding und Breitscheid. Auch wir sind der Meinung, daß der Fortschritt des Einigungsgedankens sich gleichmäßig bewegt mit dem Fortschritt der grundsätzlichen Klärung in der USPD. Aber da diese grundsätzliche Klärung für die Einheit der USPD ebenso gefährlich ist wie sie förderlich ist für die Einheit der proletarischen Arbeiterbewegung im ganzen, wird man vom Leipziger Parteitag eine große Tat, die uns der Einigung näherbringt, nicht erwarten können.

Arbeitslos.

Die Winterkälte leuchtet. Kinder laufen aus den dunklen Häuserfluren. Mädchen mit langen Zöpfen, springen, lachen. Ihre Kreisel leuchten wie die bunten Blumen.

Auch der Gaul vor'm Wagen wendet seinen Kopf dem Dichte zu und schüttelt wohligh seine lange Mähne.

Ich aber stehe mit leeren Händen. Wollen die Sorgen kommen? Ich werfe den Kopf zurück und schleiche meine Augen im Dicht und gehe, und lache, und weiß, daß es gezwungen ist.

Ich habe nichts mehr, was mein Eigen ist. Aus meinen Augen wachsen die Buchstaben: „Schulden“ wie grell flackernde Blitze.

Mich begleitet ein ungestümes, zitterndes Verlangen, das meine Nerven spannt zum Davonrennen.

Flammen! Flammen!
Die letzten verglimmen zu einem Häuflein Asche bitterer Enttäuschung.

Nachdem noch gehe ich durch diesen Winter ohne Sprache, ohne Lied und Erfindung, hart und groß.

Wohin. Hinter geschlossenen Augen verfliegen Träume in endlose Nacht. Ich halte den Traum in meinen Händen.

Wie lange noch!... Warum?

Wohin!
Wohin!...

Bis der kalte Regen zusammenstürzt, ein Häuflein Hilflosigkeit, — gelberben.
Heinrich Rohlfsoat.

Ein Gelehrtenhimmel. Es gab einen Gelehrten, der als der „große Stern, der den ganzen Himmel verstand“ schon zu Lebzeiten weltberühmt und doch völlig mittellos war. Dieser Gelehrte war der heute vor 350 Jahren geborene Begründer der neueren Astronomie Johannes Kepler. Seine Mutter war, als Hege angeklagt, in Ketten gestorben. Er selbst „wollte lieber hungern, als abfallen von der Lugsburgischen Konfession“. Infolgedessen wurde er bei den Religionsverfolgungen in Weiermarkt 1600 aus Graz, wo er Lehrer der Mathematik war, vertrieben. Dießem Umstand verdankt er seine ruhmvolle Laufbahn, denn nun berief ihn Tycho de Brahe als Gehilfen nach Prag, und bereits im Jahre 1601 wurde er von Kaiser Rudolf als Nachfolger angestellt. In den folgenden drei Jahrzehnten machte er dann mit den verschiedensten Hilfsmitteln seine grundlegenden Entdeckungen: die drei Keplerschen Gesetze, denen die Bewegungen der Körper unseres Sonnensystems unterworfen sind. Sie lauten: 1. Die Planeten bewegen sich in Ellipsen, in deren einem Brennpunkt die Sonne steht; 2. die Verbindungslinie zwischen dem Mittelpunkt der Sonne und dem des Planeten umkreist in gleichen Zeiten gleiche Flächen; 3. die Quadrate der Umlaufzeiten verhalten sich wie die Kuben der mittleren Entfernungen von der Sonne. — In seiner „Weltharmonik“ und in „Keplers Traum“ hat er in klaren Worten, astronomische Wahrheiten mit den Gebilden einer weltlich aussehenden Phantasie zu verbinden. Wenn

Wahrheit und Umdichtung.

Die „Freiheit“ erzählt Weihnachtmärchen.

Die Politik sollte eigentlich immer mit der Wahrheit gehen, bei der „Freiheit“ ist sie in den jüngsten Nummern einige Male mit dem Agitationsbedürfnis durchgegangen. W sehen wenig Gewinn in Auseinandersetzungen zwischen mehrheitssozialistischen und unabhängigen Blättern, dieser Grundlag kann aber doch nur gelten, wenn er beiderseitig angewandt wird.

In ihrer Weihnachtsnummer behauptet die „Freiheit“, daß sich die alte Sozialdemokratie noch kurz vor dem 9. November „in Massenflugblättern für die Monarchie ausgesprochen“ habe. Das ist unwahr!

Wahr ist, daß der „Vorwärts“ während des Krieges einmal einen Artikel veröffentlicht hat, der sich mit dieser Frage beschäftigte. Damals hatte die Entente gedroht, sie werde so lange Krieg führen, bis Deutschland eine Republik geworden sei. Der „Vorwärts“ hat daraufhin betont, daß die Staatsform Deutschlands eine innere Angelegenheit und unsere Sache sei, nicht die der Entente. Diese wolle damit nur ihre wahren Kriegsziele verschleiern. —

In der Heiligabendnummer beschäftigt sich die „Freiheit“ mit der blutigen Matrosenweihnacht 1918. Sie bemüht dabei die Quellen nicht vollständig. Richtig ist, daß vom preußischen Finanzministerium aus an die Staatsregierung, an die Volksbeauftragten und an Moske ein umfangreiches Schreiben ging, in dem unter anderem die politische und vollständige Entfernung der Matrosenabteilung aus dem Schloß und aus dem Marstall verlangt wurde. Die „Freiheit“ zitiert auch richtig, wenn sie nachdrückt:

„Nicht lange vor Weihnachten wurde in einigen Ministerzimmern des preußischen Finanzministeriums der Gedanke erörtert, bestimmten Regierungstruppen Grundrisse und Zimmerkarten auszuhändigen, damit sie einen unermuteten Ueberfall auf die Matrosenbesatzung mit Erfolg durchführen könnten.“

Dabei verschweigt sie aber, daß diese „einigen Ministerzimmer“ das Zimmer des unabhängigen Ministers war, und daß es her unabhängig Minister war, der das oben zitierte eilige und feierliche Hilfegebet an Moske usw. unterschrieb!

Wir haben die „Freiheit“ schon vor einigen Monaten einmal auf diesen Tatbestand hingewiesen. Auch damals hielt sie es für richtig, die ganze Wahrheit nicht zu sagen. Nachdem sie dies jetzt wiederholt, finden wir uns damit ab: sie verschweigt wohl die Wahrheit, weil sie es aus agitatorischen Gründen für vorteilhaft hält.

Soziale Neuregelungen.

Der Reichstag hat am 14. Dezember 1921 das Gesetz, betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, und das Gesetz über die Versicherungspflicht, Versicherungsberedigung und Grundhöhe in der Krankenversicherung, sowie am 17. Dezember 1921 das Gesetz, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, beschlossen.

Durch das Wahlgesetz wird die Frist für die Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsämter, der Ausschuss- und Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalten, der Versicherungsvertreter für die Unfallversicherung sowie der Besitzer der Versicherungsämter und der Oberversicherungsämter längstens bis zum Schluss des Kalenderjahres 1922 erstreckt.

Durch das zweite Gesetz ist die Verdienstgrenze für die Krankenversicherungspflicht der im § 165 Abs. 1 Ziffer 2 bis 7 der Reichsversicherungsordnung Bezeichneten von 15 000 auf 40 000 Mark, die Einkommensgrenze für den Eintritt in die freiwillige Versicherung (§ 176 der Reichsversicherungsordnung) von 2500 auf 4000 Mark erhöht worden. Die Bestimmungen für den Uebertritt Weiterversicherter (§ 313 der Reichsversicherungsordnung) in höhere oder niedere Lohnklassen sind geändert

worden. Ferner ist der gesetzliche Höchstbetrag für den Grundlohn von 24 auf 40 Mark und der sachungsmäßig zulässige Höchstbetrag von 30 auf 80 Mark heraufgesetzt worden. Alle Bestimmungen treten am 1. Januar 1922 in Kraft.

Durch das am 17. Dezember 1921 beschlossene Gesetz ist der Mindestbetrag des Stillgeldes für versicherte Wöchnerinnen (§ 195a der Reichsversicherungsordnung) auf 4,50 Mark täglich festgesetzt worden. Auf den gleichen Betrag ist das Stillgeld bei der Familienwochenhilfe (§ 205a der Reichsversicherungsordnung) und der Wochenfürsorge für minderbemittelte Wöchnerinnen heraufgesetzt worden. Die Einkommensgrenze für das Minderbemitteltsein bei der Wochenfürsorge beträgt nunmehr 15 000 Mark jährlich.

Die Zulagen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am 17. Dezember ein Gesetz über Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz bringt wesentliche Erhöhungen der Zulagen. Vorteile, welche die Hälfte oder mehr ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, und die Empfänger von Hinterbliebenen- und Angehörigenrenten werden durch die neuen Zulagen so gestellt, als ob ihre Rente nach einem Jahresverdienst von 12 000 M. (bei Unfällen landwirtschaftlicher Arbeiter: von 8100 M.) berechnet würde. Die neuen Zulagen sollen vom 1. Januar 1922 an gezahlt werden. Da aber ihre Anweisung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, so werden die bisherigen Zulagen noch bis zum 31. März 1922 weitergezahlt und auf die neuen Zulagen angerechnet.

Die „arbeitsunlustigen“ Bergarbeiter.

Preknotungen aus den letzten Tagen besagen, daß die deutsche Eisenerzeugung gefährdet sei, weil angeblich wegen Kohlen- und Koks-mangel 20 bis 25 Hochofen abgeblasen werden müssen. Dazu wird uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, daß dies vertriebenen Angriffe auf die Bergarbeiter durchaus unzutreffend sind. Die Dinge liegen vielmehr so:

Die Entwertung der Mark brachte für die Metallindustrie gewaltige Aufträge, so daß die Produktion von Roh Eisen den gesteigerten Anforderungen nicht zu folgen vermochte. Nachdem die erforderlichen Roh Eisenerträge aufgebracht waren, wurde die Kalamität besonders groß. Trotzdem die Leistung sowie die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen gesteigert wurde, genügt die erzeugte Roh Eisenerzeugung nicht zur Bedarfsdeckung. Die Eisenerzeuger bemühen diese Umstände in der Sitzung des Roh Eisenausschusses am 29. November zu einem Vorstoß gegen die Bergarbeiter, die es in der Hand hätten, durch Ueberlichkeiten mindestens 5 Proz. Kohlen mehr zu fördern, wenn sie nicht arbeitsunlustig wären. Eine solche Mehrförderung von Kohlen würde gestatten, weitere 15 bis 20 Hochofen anzublasen, und die Roh Eisenerzeugung zu steigern. Die Arbeiter- und Angestelltenvertreter wurden von den Industriellen aufgefordert, ihrerseits auf die Bergarbeiter einzuwirken, um die Arbeitsunlust zu beseitigen.

Herr Wieber, Vorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes, ließ sich in dieses Unternehmern, und auch der „Hirsch“ konnte sich der „beweissträchtigen“ Argumente der profitierenden Unternehmer nicht ganz entziehen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften mußten allein die Aufgabe übernehmen, die Öffentlichkeit vor einer neuen Irrführung und die Bergarbeiter vor Beschimpfung zu bewahren. Sie wiesen nach, daß von einer Entlassung der Hochofen infolge von Kohlenmangel keine Rede sein kann, daß vielmehr die pöblich und riefenhoch gewachsenen Anforderungen an die Roh Eisenerzeugung den momentanen Eisenmangel verursachen.

Erhöhung der Haftkosten. Im Einverständnis mit dem Finanzminister wird, wie die VBR hören, vom Reichsminister des Innern verfaßt, daß vom 1. Januar 1922 ab der Haftkostensatz für die eine Zuchthaus-, Gefängnis- oder Haftstrafe verhängenden Verurteilten sowie für die Untersuchungs-, Zivildienst- und Vollzugsanstalten auf 15 M. für die Festungshaftgefangenen auf 10 M. für den Tag erhöht wird.

Hoffmann u. Campe, Hamburg-Berlin, in dem bekanntlich später alle Werke des Dichters erschienen sind, eine eigenartige „Säculargabe“ veröffentlicht, die unter dem Titel „Der Anlauf“ (soeben erschienen) es sind hier in satirisch-erzählender Weise die Zeit-Christennummern aus den Jahren 1817—1821 zusammengestellt, die die ersten dichterischen Veröffentlichungen Heines enthalten. Der satirische Band umfaßt eine Reihe von überaus seltenen Zeitschriften, die heute wohl kaum noch an einer Stelle zusammen anzutreffen sind. Diese vergilbten Blätter sind aber nicht nur interessant wegen der Heineschen Gedichte, sondern sie lassen uns zugleich die ganze Umwelt erkennen, in der sich der junge Poet durchsetzen mußte, atmen die behagliche Idylle und altväterliche Bescheidenheit des frühen Biedermeiers, und es hat etwas seltsam Kührendes, hier plötzlich einem neuen Ton zu lauschen, der vor 100 Jahren den Deutschen das Luftschauen des neuen strahlenden Gestirns am Himmel der Dichtung verführte. Zum Schluss wird die Zeilage zu jener Nummer des „Gesellschafters“ wiedergegeben, in der sich die Anzeige von Heines „Gedichten“ befindet.

Leonardo da Vincis Fingerabdrücke. Eine der berühmtesten kunstgeschichtlichen Streitfragen war lange Zeit, ob beide Fassungen der „Fleischmadonna“, die sich im Louvre und in der Londoner Nationalgalerie befinden, eigenhändige Werke Leonardos seien. Da verließen die Engländer, wie in der „Umschau“ erzählt wird, auf einen originellen Einfall: sie beauftragten die Kriminalpolizei mit der „Feststellung der Fälschung“. Und sie waren an die richtige Stelle gekommen. Man weiß nämlich, daß Leonardo, wie Lijian, die Ungewohnheit hatte, beim Malen auf frische Stellen seine Finger zu legen und so auf der Malfläche seine Fingerabdrücke zu hinterlassen. Die von Scotland Yard so hoch ausgebildete Daktyloskopie (Fingerabdruckkunde), die zur Identifizierung der Verdächtigen verwendet wird, konnte also auch auf die Tat Leonardos angewandt werden. Die Sachverständigen der Londoner Kriminalpolizei untersuchten die Fingerabdrücke auf dem Londoner und auf dem Pariser Bilde und stellten fest, daß diese Abdrücke notwendig von derselben Person herrühren müssen. Danach wäre also auch das Londoner Gemälde eine eigenhändige Arbeit Leonardos.

Jedermann sein eigener Trompeter! Ein mechanisches Kornett, das jeder ohne Vorkenntnisse spielen kann, wurde noch englischen Blättermeldungen von dem Soldaten G. W. E. erfinden, der jetzt bei der belgischen Befehlsarmee am Rhein Dienst tut. Es hat ein Blasinstrument angefertigt, das äußerlich einem gewöhnlichen Kornett à piston gleicht. Im Innern der Maschine befindet sich in dessen eine Rolle, die genau wie die Notenrollen der selbstspielenden Klavierinstrumente wirkt. Man braucht bloß in das Mundstück zu blasen, um dem Instrument eine Melodie zu entlocken. Das neue Kornett hat nur ein Ventil, und es ist durchaus notwendig, daß während der Dauer jeder Note die Ventillappe niedergedrückt wird. Der Mechanismus und die Papieren sind so beschaffen, daß solange dem Instrument durch das Mundstück Luft zueinfließt, — dann diese Erfindung weitere Verbreitung finden sollte, wird jedenfalls die Oberton-Industrie einen gewaltigen Aufschwung nehmen.

Das Moskauer Künstlertheater wird bei seiner Reise nach Stambulen in den Deutschen Künstler-Theater noch einige Vorstellungen veranstalten. Das Schauspiel beginnt am 3. Januar.

seine dichtende Seele dabei von Irrtümern und Schwärmeren auch nicht völlig frei blieb, müssen diese Werke doch den größten und erhabensten Schöpfungen des menschlichen Geistes beigezählt werden. Und ihre Verfasser hungerie buchstäblich! — Bei der oben erwähnten Ausreibung aus Graz hatte seine begüterte Frau ihr ganzes Vermögen verloren. Ihm selbst wurde sein an sich schon geringes Gehalt nie regelmäßig ausgezahlt. So geriet er in bitterste Not und mußte, um nur das trodene Brot für sich und seine Familie zu schaffen, sogar zu astronomischen Wagnisgeheimen seine Zuflucht nehmen. Um diesem Elend ein Ende zu machen, entschloß er sich endlich, in Regensburg vor Kaiser und Reich seine Forderungen geltend zu machen, starb aber, kaum dort angeiangt, am 15. November 1830.

Der Futurismus auf dem Eise. Der neue Kunststil, der von einigen kriechlichen Zeichenbittern bereits tolgelagt wird, erobert sich andauernd weitere Gebiete. Auf das Kino und die Kellame folgt jetzt das Ballett, und zwar in der Form der Eislauf-Pantomime. Im Admirals-Palast fand die Uraufführung eines lustigen Spiels „Futuristischer Karneval“ statt, dessen Idee von Leo Bortuschek, dessen Musik von Friedr. Weismann stammt und zu dem kein Geringerer als Rudolf Belling die Kostüme, Dekorationen und Requisiten entworfen hat. Den Rahmen gibt eine Fastnachtfeier der Münchener Künstlervereine, „Der Orkan“ mit der Losung: „Krieg gegen die Kunst von gestern!“ Das Ganze spielt in einem großen Festzug zu Ehren des allen Künstlern heiligen „Jasus“. Vertreter sämtlicher Richtungen vom Naturalismus zum Dadaismus und Taktinismus huldigen dem Götzen und schlingen um seine phantastische Statue einen wilden Wirbelzug. Ein Schauspiel von unerhörter Farbenpracht und einer hureizenden, verwirrenden und doch in große klare Linien gebannten Abstraktion! Als innerhalb der kubistisch-dadaistisch stilisierten Raumdecoration die leuchtenden Würfel, Kugeln, Pyramiden und grotesken Farbformen sich durcheinanderschlängeln, in Wellenbogen, eleganten Windungen und Haldadlinien über die phantastisch beleuchtete, in der Farbe eines alten Verterteppichs glühende elektrische Hohlkugeln — da glaubte man sich dem Irdischen entrückt und in eine Welt höherer und reinerer Schönheit erhoben. Die derbe Burleske „Am Gelpensteschloß“ und das amnütige Puppenspiel „Die Prinzessin von Tragan“, die in neuer Inszenierung dem „Futuristischen Karneval“ voranzugingen, erschienen, mit diesem verglichen, matt und blaß. Der Beifall des ausverkauften Hauses war ehrlich begeistert. Wiederholt hörte man das Urteil: „Für sowas ist der Apperpetismus geschaffen!“ Wir wollen hoffen, daß dieser sein neuester Erfolg dazu beiträgt, seine Ausdrucksmittel auch in der sogenannten hohen Kunst weiteren Kreisen verständlich und akzeptabel zu machen.

Der 100. Geburtstag von Heines „Gedichten“. Das erste Buch, mit dem Heinrich Heine vor die Öffentlichkeit trat, waren seine „Gedichte“, die zum großen Teil später in die zweite Ausgabe seiner Werke, ins „Buch der Lieder“ übergingen, das ihn überdies gemacht hat. Diese „Gedichte“ Heines tragen zwar auf ihrem Titelblatt die Jahreszahl 1822; aber sie sind bereits im Dezember 1821 erschienen, so daß sie in diesen Tagen ihren 100. Geburtstag feiern können. Aus diesem Anlaß hat der Heine-Verlag

Demission Berthelots.

Paris, 26. Dezember. (WTB.) Der Generalsekretär im Ministrium des Meeres Berthelot hat Briand gebeten, ihn seiner Funktionen zu entheben.

Unmittelbar anschließend an die Weihnachtsdebatte über die Londoner Konferenz ist die französische Kammer in ihrer Abend-sitzung vom 24. d. M. in die Besprechung der Interpellation über den Antrag der „Banque industrielle de Chine“ eingetreten. Es ist bisher darüber nur gemeldet worden, daß Briand den in dieser Affäre arg kompromittierten Philippe Berthelot in Schutz genommen hat und daß die Debatte auf heute vertagt wurde. Ob Briand die Demission des eigentlichen Sachmannes im Dual d'Orsay annehmen wird, steht also noch dahin. Im Interesse der Reinigung der politischen Atmosphäre Europas, die nicht zuletzt durch die imperialistischen und reaktionären Neigungen dieses bisher allmächtigen Beamten vergiftet wurde, wäre dies sehr zu wünschen.

Der Gewerkschaftskonflikt in Frankreich.

Der Gewerkschaftskongress der Anhänger der Dritten Internationale hat nach einer Pariser Meldung des WTB. eine Tagesordnung angenommen, in der er die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses im ersten Halbjahr 1922 verlangt, zu dem alle Gewerkschaften eingeladen werden sollen, die zur Zeit der Abhaltung des Gewerkschaftskongresses von Bille ordnungsgemäß eingeschrieben waren. Wenn bis zum 31. Januar der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT.) die Abhaltung dieses Kongresses nicht bestätigt hat, will der Kongress, der Sonnabend in Paris zu Ende ging, die vorgeschlagene Tagung einberufen und feststellen, daß der Verwaltungsrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes verlagert (?) habe. Ferner wurde beschlossen, einen provisorischen Verwaltungsrat zu ernennen.

Der Ausgang dieses Kongresses bedeutet zunächst, daß die befürchtete Spaltung der französischen Gewerkschaften aufgeschoben wurde. Vielleicht kann man aber auch den Schluss ziehen, daß die Kommunisten die Gefahr erkannt haben, die durch die Verwirklichung ihrer Absichten dem französischen Proletariat drohen. Jedenfalls ist Zeit gewonnen und nicht jede Möglichkeit einer Einigung vernichtet.

Die Unruhen in Aegypten.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) Wie „New York Herald“ aus Kairo erzählt, kam es gestern wieder zu Unruhen. Dabei wurden fünf ägyptische Studenten getötet und 20 verwundet.

Kairo, 25. Dezember. (WTB.) Fast die gesamte studierende Jugend ist in den Streik eingetreten. Jaakul Pascha und die anderen verhafteten Nationalisten bleiben in Suez unter militärischer Bewachung, bis eine Entscheidung über ihren zukünftigen Aufenthaltsort getroffen ist.

Paris, 25. Dezember. (WTB.) Wie Havas aus Malta meldet, haben zwei englische Regimenter Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Aegypten bereitzuhalten.

King George ist Montag vormittag nach Cannes abgereist.

Ablehnung der Revision im Prozeß Sacco-Banzetti. Wie aus Raffaschettis Bericht wird, hat der zuständige Gerichtshof die Revision des Prozesses von Sacco und Banzetti abgelehnt. Es handelt sich um zwei anarcho-individualistische Führer der Bergarbeiter Birginiens (Ber. St.), die für die während des großen Streiks im vorigen Sommer vorgekommenen Gewalttaten verantwortlich gemacht und zum Tode verurteilt wurden. Dieser offensichtliche Nachteil der amerikanischen Rechtsprechung war der Anlaß zu heftigen Protestkundgebungen auch in Europa und sogar zu einem Bombenattentat gegen den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrick. Unter dem Eindruck dieser Bewegung war eine Revision des Prozesses von den amerikanischen Behörden in Aussicht gestellt worden. Die Verwerfung der Revision könnte sehr wohl die vielfach dem Anarchismus huldigenden italienischen Emigranten in den Vereinigten Staaten zu neuen Repressalien veranlassen.

Wirtschaft

Die Entwicklung der Börsenkurse stand in letzter Zeit unter dem Eindruck der Besserung der Mark. Die Spekulation auf die Schwäche hat naturgemäß nachgelassen. Nach den Indizes der „Frankfurter Zeitung“ haben die Börsenkurse in der letzten Zeit sich gegenüber ihrem Höchststand um etwa ein Viertel ermäßigt. Die nachstehende Tabelle, in der die Kurse von 25 Aktien und einer Zahl inländischer und ausländischer Renten auf eine Wechselseite gebracht sind, zeigt ihren jetzigen Stand:

	1920			1921		
	2.1.	31.12.	29.7.	10.11.	9.12.	22.12.
Aktien	7006	15 018	14 907	39 284	28 090	26 855
Inl. Anleihen	826	874	826	881	826	824
Ausl. Anleihen	607	602	610	2 243	1 695	1 702
	9141	16 789	16 838	42 858	80 711	79 481

Setzt man den Kursstand vom 1. Januar 1920 gleich 100, so ergibt sich folgendes Bild:

	1920			1921		
	2.1.	31.12.	29.7.	10.11.	9.12.	22.12.
	100	184	182	463	836	823

Danach stehen die Aktienkurse heute noch immer fast doppelt so hoch wie Ende Juli, ehe die Entwertung der Mark begann. Inländische Anleihen haben in der Zeit der Markbesserung gewonnen.

Groß-Berlin

Der neue Fernsprechartar.

Das teuerste Gespräch: 607,50 M.

Nach dem neuen Fernsprechartar wird vom 1. Januar ein Feuerzuschlag von 80 v. H. erhoben. Den Fernsprechnutzern wird durch die Verordnung das Recht eingeräumt, die Einrichtungen, deren Gebühren durch diese Verordnung erhöht werden, bis zum 30. Dezember auf den 31. d. M. zu kündigen. Von dem Feuerzuschlag bleiben frei der einmalige Fernsprechnutzerbeitrag und die von Fall zu Fall einzuziehenden Kosten. Der 80prozentige Feuerzuschlag wird für genehmigungspflichtige Telegraphenanlagen nach nicht vom 1. Januar ab, sondern erst vom 1. April d. J. ab zur Einziehung gelangen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist bei genehmigungspflichtigen Privattelegraphen der am 17. November festgesetzte Betrag maßgebend.

Nach der Gebührentafel, die dieser Verfügung beigelegt ist, kosten Gespräche in der 1. Zone (bis 3 Kilometer Entfernung) für die Dauer von 3 Minuten 0,45 M. (dringend 1,35 M.), bis 6 Minuten 0,90 M. (dringend 2,70 M.), bis 9 Minuten 1,35 M. (dringend 4,05 M.), bis 12 Minuten 1,80 M. (dringend 5,40 M.) und bis 15 Minuten 2,25 M. (dringend 6,75 M.). Diese Sätze verdreifachen sich in der 2. Zone (bis 15 Kilometer), so daß ein 3-Minuten-Gespräch 1,35 M. und dringend 4,05 M. kostet. Ein 12-Minuten-Gespräch würde also 4,50 bzw. 13,50 M. kosten. In der 3. Zone (bis 25 Kilo-

Der Wiederaufbau in Oppau.

Wirste unserer Zeitgenossen denken heute noch an Oppau. Wer weiß, daß sich an diesem Orte am 21. September eine Tragödie der Arbeit vollzog, die 523 Personen das Leben kostete und 1952 arbeitsame Menschen teils schwer, teils leichter verletzete? Die rasch dahinflutende Zeit läßt Menschen schicksal in Vergessenheit geraten, auch dann, wenn Reichenhügel sich türmen und die Verletzten einer einzigen Sekunde nach Tausenden sich beziffern.

Wenige Wochen nach dem schwarzen Tage ging die Nachricht durch die Presse, die Untersuchung über die Veranlassung des Unglücks sei eingestellt. Wer mochte Interesse an der falschen Nachricht gehabt haben? Die Untersuchung wird fortgesetzt, und von vornherein sei betont, daß aber auch jedem Hinweis über Ursachen des Unglücks usw. mit hohem Ernste nachgegangen wird. Wie könnte, wie dürfte es auch anders sein. Erkennen der Ursachen ist Voraussetzung für Ausweitung des Arbeiterschutzes und das sicherste Mittel gegen Wiederholung gleicher oder ähnlicher Katastrophen. Von der Beantwortung der Frage, wo liegt die Schuld, ist aber auch abhängig die Beruhigung der in der Städtstoffindustrie beschäftigten Arbeiter.

Das Untersuchungsverfahren.

Bekanntlich setzte der Reichstag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, das gleiche tat Bayern. Beide Ausschüsse suchen ihre Arbeiten gemeinsam auszuführen oder doch gegenseitig zu ergänzen. Der Untersuchungsrichter hat auf der Unglücksstelle die Stätte seiner Tätigkeit aufgeschlagen. Mit ihm arbeiten Beamte der Gewerbeaufsicht und der Unfallversicherung. Die vom Verband der Fabrikarbeiter aufgestellte Forderung, daß die Arbeiter und ihre Betriebsvertretung an der Klärung der Sache beteiligt werden, ist erfüllt. Der Arbeiterrat hat das Recht, Zeugen zu vernehmen, deren Aussagen weiterzugeben, nach eigenen Entschlüssen Anforderungen zur Durchführung der Untersuchung zu stellen und Vorschläge zu machen. Wenn man trotzdem bis heute noch zu keinem Ergebnis gekommen, liegt das an der Lücke des Objektes.

Ammoniusfelsalpeiter, von der Wissenschaft ergrübelt, den Aufbau der Pflanzen zu fördern, die Ernährungsmerkmale anzureichern, den Menschen mehr Brot, dem Vieh mehr Nahrung zu geben, also, das Leben zu fördern, hat Tod und Verderben ausgeplien. Nun müssen die Wissenschaftler forschen und die Arbeiter mit ihrer Erfahrung arbeiten, um auf die Ursachen zu stoßen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ist nach mehreren Sitzungen, in denen Arbeiter, Direktoren und andere Personen gehört und vernommen, zu dem Ende gekommen, sieben Gutachter aufzufordern, sich in den Dienst der Untersuchung zu stellen. Vom Agrarminister, den Leitern der chemisch-technischen Reichsanstalt, bis zu namhaften Lehrern an deutschen Hochschulen haben alle bereitwillig der Aufforderung Folge geleistet.

Das Urteil der Gutachter.

Im Sitzungssaal des Stadthauses in Ludwigshafen, in voller Öffentlichkeit, unter Beisein des Arbeiterrats und Arbeitern als Zuhörer, in Gegenwart der Direktion, hat der Untersuchungsausschuß die Gutachten entgegengenommen. Die Gutachten sind mündlich ergänzt, die Ergebnisse von Sprengversuchen in der Eisenröhre sind zur Beschichtigung gestellt, das Ganze in freier Sprache gewürdigt. Aus der Summe der Gutachten erscheint die Schlussfolgerung berechtigt, daß Ammoniusfelsalpeiter um so explosibler wird, je mehr es mit Nitrat an gereichert ist. Die entnommenen und untersuchten Proben ergaben unterschiedlich einen Nitratgehalt bis zu 90 Proz. Eine Nitratanreicherung bis zur Hälfte dieser Menge ergibt bereits Explosionsgefahr. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß innerhalb der lagernden Massen explosive Nitratminer entstanden sind. Wie sind die entstanden, ist nun die Frage.

meter) werden erhoben für ein 3-Minuten-Gespräch 2,25 M. (dringend 6,75 M.), für ein 6-Minuten-Gespräch 4,50 bzw. 13,50 M. und für ein 15-Minuten-Gespräch 11,25 bzw. 33,75 M. In der 5. Zone (100 Kilometer) steigen die Sätze bereits auf 5,40 bzw. 16,20 M. für das Gespräch von 3 Minuten Dauer, während in der 9. Zone (500 Kilometer) bei 3 Minuten Dauer 16,20 bzw. 48,60 M. gezahlt werden müssen. Das teuerste 3-Minuten-Gespräch ist in der 18. Zone (Entfernungen zwischen 1201 bis 1400 Kilometer) vorgesehen, wo das einfache 3-Minuten-Gespräch 40,50 M. und das dringende Gespräch 121,50 M. kostet. Ein Gespräch zwischen Berlin und München wird also bei einer Dauer von 3 Minuten, nicht dringend 21,60 M., dringend 64,80 M., ein Gespräch nach Manduburg einfach 6,10 M., dringend 24,20 M., ein 3-Minuten-Gespräch nach Köln 18,90 bzw. 56,70 M. kosten. Das teuerste Gespräch aber wird nicht weniger als 607,50 M. kosten. Diese hohe Summe ist für ein dringendes Gespräch von 15 Minuten in der 18. Zone zu zahlen.

Ein Wiedersehen.

In einem Lokal in der Chausseestraße 12 waren acht Männer eingedrungen und hatten ohne jede Veranlassung sofort auf die Gäste eingeschlagen. Als die Polizei erschien, waren die Täter bereits verschwunden. Einer der Gäste wurde durch Messerstiche im Gesicht erheblich verletzt worden und wurde von den Beamten nach der Rettungswache in der Rothringstraße geführt. Als er hier von dem Arzt verbunden wurde, öffnete sich plötzlich die Tür und zwei Männer traten ein, von denen der eine sich Kopfverletzungen verbinden lassen wollte. Der verletzte Gast erkannte beide sofort als Mitglieder der Bande wieder und sie mußten den anwesenden Schutzpolizisten zur Alexanderwache folgen, wo ihre Personalien aufgenommen wurden.

Neuregelung der Werbungskosten.

Keine Sonderstellung der freien Berufe.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin hat eine Verfügung erlassen, die die von ihm im Benehmen mit den zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden für den Bezirk des Landesfinanzamtes Groß-Berlin getroffenen einheitlichen Wertfestsetzungen für Werbungskosten für bestimmte Berufsgruppen, wie Heimarbeiter, Musiker, Artisten, Filmschauspieler, wissenschaftlich vorgebildete Assistenten, Chemiker usw. aushebt. Für Musiker waren z. B. Einkommensteuerfreie Werbungskosten in Höhe von 35 Proz. bei Stellung eigener Noten 45 Proz. für Schauspieler 35 Proz. für Filmschauspieler (Einzeldarsteller) 25 Proz. für Filmkomparien 15 Proz. vorgesehen, um welche der zehnpromzentige Steuerabzug zu ermäßigen war.

Nachdem das Landesfinanzamt bereits vor einigen Monaten die Werbungskosten für Filmmusiker, Kinomusiker und Filmkomparien aufgehoben hat, ist nun aber generell die Aufhebung aller Werbungskosten, die über die gesetzlichen hinausgehen, ausgesprochen, und zwar mit Wirkung ab

Die Arbeiter nehmen an, mangelhafte Gewissenhaftigkeit bei Berühren und Mischen der Salze haben das Entstehen der Nitratnester ermöglicht. Die Gutachter neigen zur Annahme, daß Feuchtigkeit eine Auskristallisierung veranlaßt habe. Ein kleiner Kreis der Gutachter ist beauftragt, die Forschungsarbeit fortzusetzen. Die Prebenahme soll von dem Arbeiterrat und dem Beamten der Unfallberufsgenossenschaft, Herrn Ingenieur Ströpel vollzogen werden. Die Untersuchung soll sich dahin erstrecken, ob die Nitratnester durch Lagerung, Witterungseinflüsse oder durch Fehler in der Erzeugung entstehen können. Wird die letzte Frage bejaht, dann gewinnt die Behauptung der Arbeiter Bedeutung, die die Erzeugungsfehler in dem Prämien- und Affordsystem erblicken.

Die Hilfsaktion.

Bis zur vierten Tagung des Untersuchungsausschusses am 5. und 6. Dezember in Ludwigshafen waren eingegangen beim Hilfsausschuß in Berlin 31 529 686 M., beim Hilfsausschuß in Ludwigshafen 36 588 812 M. In diesen Summen liegen 10 Millionen Reichsmark und ein Betrag von der bayerischen Regierung von 5 Millionen Mark. Zur Durchführung der Unterstützung ist das Hilfswerk Oppau bestimmt, dem Vertreter der Gewerkschaften und des Fabrikarbeiterverbandes angehören. Der Staat Bayern hat einen Kommissar eingesetzt, der die Rechte des Bezirksamtes und der Regierung auf dem Gebiete der Baupolizei, des Vollzugs, des Brandchutzgesetzes und des Enteignungsgesetzes in sich vereinigt.

Die Höhe der Unterstützung an die Hinterbliebenen wird nach Sätzen bemessen, die die Amalfabrik für ihre Werksangehörigen übernommen hat, das sind 2000 M. Sterbegeld an Angehörige von Bekehrten, 1500 M. an Angehörige lediger und 50 Proz. des jeweiligen Tariflohnes. Die Verunglückten und Hinterbliebenen solcher, die nicht zum Werke gehören, unterliegen der Zuständigkeit des Staatskommissars. Es besteht die Absicht, die Rente für die Hinterbliebenen auf 80 Proz. des jeweiligen Tariflohnes zu bringen. Die Unfallrenten sollen zum vollen jeweiligen Tariflohn erhöht werden. Nach der Auffassung des Ludwigshafener Ausschusses sollen die eingegangenen Gelder in erster Linie zur Deckung des Personenschadens in Anspruch genommen werden. Dafür sind zurzeit 30 Millionen Mark in Ansatz gebracht.

Verwüstung und Aufbau.

Der Sachschaden ist bislang auf 321 Millionen Mark berechnet worden. Vollständig zerstört sind 312 Haupt- und 366 Nebengebäude. 1450 Gebäude sind beschädigt. Davon sind 76 Wohn- und 177 Nebengebäude bereits wiederhergestellt. 533 Wohn- und 531 Nebengebäude werden zurzeit instand gesetzt. Zur Unterbringung der Personen aus vollständig zerstörten Häusern waren bis zum 6. Dezember 47 große Militärbaracken gebaut, in denen 276 Familien mit 1099 Personen Aufnahme gefunden haben. Der Bau von weiteren 8 großen Militärbaracken ist durch den Zimmererstreik unterbrochen gewesen zu einer Ausnahme haben sich die streikenden Zimmerer nicht verstehen können. Die in Baracken Wohnenden leiden natürlich unter den Unbilden der Witterungsverhältnisse und Jahreszeit. Um die Lage erträglicher zu machen, wurden ihnen Heizmaterialien teilweise umsonst überlassen, daneben haben sie Kartoffeln zu angemessenen Preisen, einzelne Lebensmittel auch kostenlos erhalten.

Der Unglücksfall ist zum größten Teil geräumt. Sprengt wird vom Tage des Unglücks an nicht mehr. Ein neues auf hydraulischem Druck beruhendes Verfahren ist in Anwendung. Behauerlich ist, daß das geänderte Verfahren zur Entsorgung mit so viel Zeit und Geld erkaufte werden mußte. Zur Vinderung des Geldes reichen die eingegangenen Mittel leider nicht aus, mögen die Quellen der Hilfsbereitschaft für die Opfer der Arbeit noch weiter fließen.

Hugust Drey, M. d. R.

1. Januar 1922, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des in Nr. 117 des Reichsgesetzblattes veröffentlichten Lohnsteuergesetzes. Von diesem Zeitpunkt ab dürfen die Arbeitgeber also von dem durch den 10prozentigen Steuerabzug gewonnenen Betrag lediglich die im neuen Lohnsteuergesetz für Werbungskosten vorgesehenen Beträge bei monatlicher Entlohnung 45 M., bei wöchentlicher Entlohnung 10,80 M. und bei täglicher Entlohnung 1,80 M. in Abzug bringen. Der Arbeitgeber ist also nicht mehr berechtigt, von der auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt festgesetzten Jahreseinkommensteuerabzugsmöglichkeit abzugehen.

Verbotene Glücksspiele.

Gegen die Pferdewettenspiele Handicap und die Roulette wird im Ortspolizeibezirk Berlin nunmehr nachdrücklich vorgegangen werden. Es hat sich bei eingehender Prüfung herausgestellt, daß es sich hierbei tatsächlich um Glücksspiele handelt. Unternehmer derartiger Spiele sind hierauf ausdrücklich hingewiesen. Es ist ihnen zugleich eröffnet worden, daß, um Härten zu vermeiden, erst gegen nachgewiesene Spielbetriebe über den 31. Januar 1922 hinaus durch Beschlagnahme der Apparate und Einleitung eines Strafverfahrens wegen Veranlassung öffentlicher Glücksspiele vorgegangen werden würde.

Ein zehnjähriges Bureauhaus soll im Westen Berlins, am Heidelberger und Brabanter Platz, unmittelbar an der Untergrundbahn und der Ringbahn, auf dem von der Reddenburgischen, Detmolder und Brabanter Straße begrenzten städtischen Grundstück unter Beteiligung des Bezirksamtes bzw. der Stadt Berlin errichtet werden.

Eine Änderung der Eisenbahnordnung. Die in der Eisenbahnordnung festgesetzten Beträge werden mit sofortiger Gültigkeit durch eine Verfügung wie folgt erhöht. Die vor einiger Zeit eingeführte Auslieferungsgeld für die gefundenen Gegenstände beträgt bei der Auslieferung am Fundort selbst, also vor Einbringung des gefundenen Gegenstandes an das Fundbüro oder eine Fundstellenstelle, 2 M. für jedes Stück. In jedem anderen Falle sind als Gebühr 3 M. zu entrichten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gehten Friedrichshain, früher Brauerei Friedrichshain, eröffnet nach vollständiger Umgestaltung den schönsten Riesenlokal als eine Schenkwirtschaft Berlins. Für den 3. Feiertag und Silvester ist ein Sensationsprogramm erster Bühnenkünstler zusammengestellt, und außerdem gibt der beliebteste bayerische Komiker und Stimmungsgeber Georg Obergruber noch sein Schiffskonzert. Jeder Besucher wird sich mit Vergnügen gern der schönen Stunden erinnern, die er an den Festtagen dort verlebte.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besitz Fabrik, große Auswahl, Verkauf metrisch
Koch & Seeland G. m. H.
Gertraudenstraße 20-21.

